

Die Bedeutung des Islam für die internationale Politik und den Westen

(Vortrag von Herrn Dr. Thomas Koszinowski, Deutsches Orient-Institut, Hamburg, gehalten am 23.05.2002 auf dem 3. Kongress zur politischen Bildung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung)

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, als viele gutgläubige Bürger bereits die Ära eines dauerhaften Friedens heraufziehen sahen, formulierte Huntington seine These vom Kampf der Kulturen und prophezeite langfristig einen Konflikt zwischen dem Westen und dem Islam. Die Anschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Centre in New York und das Pentagon in Washington durch islamistische Terroristen könnten Huntingtons These bestätigen, denn für Bin Ladin und viele andere seiner Gefolgsleute und Sympathisanten gelten der Westen, insbesondere aber die USA, schon lange als der große Feind, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Die islamistischen Terroristen sind jedoch nur ein kleiner, wenn auch äußerst wirkungsvoller Teil der islamischen Welt. Was aber ist der Islam? Wenn vom Islam die Rede ist, so ist damit zunächst die Religion des Islam gemeint, sodann die vom Islam bestimmte Lebensweise der Muslime, d.h. die islamische Zivilisation, schließlich verstehen wir unter Islam auch die Gesamtheit der Muslime, d.h. die islamische Welt schlechthin.

Die islamische Welt zählt heute rund 1,3 Milliarden Menschen, was ungefähr der Zahl der Christen oder der Bevölkerung Chinas entspricht. Geographisch dehnt sich die islamische Welt von Marokko im Westen Afrikas bis nach Indonesien in Ostasien aus. Zu den islamischen Staaten gehören so unterschiedliche Staaten wie Pakistan, Bangladesh und Indonesien mit jeweils weit über 100 Mio. Einwohnern und kleine, unbedeutende Staaten, wie Dschibuti am Horn von Afrika (mit gut 600.000 E.) oder die Komoren, eine Inselgruppe im Indischen Ozean mit rund 500.000 E. Den Kern der islamischen Welt bilden die arabischen Staaten sowie Iran und die Türkei. Die islamischen Staaten mit einer mehrheitlich islamischen Bevölkerung haben sich in der Organisation Islamische Konferenz (OIK) zusammengeschlossen, der insgesamt 56 Staaten angehören und die ihren Sitz in Dschidda in Saudi-Arabien hat. Der OIK gehören inzwischen auch die fünf zentralasiatischen Staaten und Aserbaidschan im Kaukasus an, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989/90 die Unabhängigkeit erlangten. In ihr versuchen die islamischen Staaten, ihre Interessen zu koordinieren, was aufgrund der sehr unterschiedlichen politischen Bindungen und Ausrichtungen der einzelnen Staaten nur in sehr beschränktem Maße möglich ist. In den verschiedenen Unterorganisationen werden wirtschaftliche, kulturelle, religiöse und andere die islamischen Staaten betreffenden Angelegenheiten koordiniert. Eines der Anliegen der OIK ist es, sich um die Belange der islamischen Minderheiten in der Welt zu kümmern, wozu inzwischen auch Europa zählt, wo die Zahl der Muslime auf über 30 Mio. geschätzt wird.

In diesem Zusammenhang muss auch auf die Arabische Liga hingewiesen werden, in der sich die arabischen (islamischen) Staaten zusammengeschlossen haben (z.Z. 22 Staaten). Aufgrund der gemeinsamen arabischen Sprache und der gemeinsamen Religion des Islam (in einigen Staaten gibt es christliche Minderheiten von 3-10 Prozent) verfügen die arabischen Staaten über gute Voraussetzungen für die Schaffung einer arabischen Gemeinschaft nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaft. Die arabische Liga ist jedoch seit ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg fast immer in einzelne Staatengruppen mit unterschiedlichen politischen Interessen gespalten gewesen, in progressive und konservative, proöstliche und prowestliche usw., so dass die Arabische Liga weit davon entfernt ist, eine Gemeinschaft der Araber zu bilden. Einig sind sich die arabischen Staaten vor allem in der Ablehnung der Politik Israels. Die wirtschaftliche Bedeutung der arabischen Staaten basiert vor allem auf dem Erdöl. Am Persischen Golf liegen rund zwei Drittel aller bekannten Erdölvorräte der Welt, weshalb

die Golfstaaten (einschließlich Irans) für die Energieversorgung der westlichen Industriestaaten von großer Bedeutung sind. Dieser Rohstoff verleiht jenen Staaten sein eigentliches Gewicht.

Die islamische Welt hat in den letzten Jahrzehnten einen starken politischen und wirtschaftlichen Wandel durchgemacht. Nachdem die islamischen Staaten mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, haben sie ein eigenes politisches Profil entwickelt. Mit wachsendem Selbstbewusstsein beanspruchen sie nun auch eine größere Rolle in der internationalen Politik. Durch das Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich dieser Prozess noch beschleunigt. Diese Entwicklung hängt wesentlich mit dem Phänomen der sogenannten Reislamisierung und des Erstarkens des Islamismus zusammen. Mit der verstärkten Rückbesinnung auf den Islam und das islamische Wertesystem hat die islamische Welt zu einem neuen Selbstbewusstsein zurückgefunden, das sich auch nach außen in den Beziehungen zum Westen auswirkt. Nicht mehr der Westen gilt als Vorbild, sondern die eigenen, auf dem Islam beruhenden Traditionen. Die islamische Welt will nicht mehr Objekt fremder Mächte, Europas und der USA, sein, sondern Subjekt und seine Politik und sein Schicksal selbst bestimmen und schickt sich an, dem Westen als gleichwertiger Partner entgegenzutreten. Noch aber ist die islamische Welt zu schwach, um diesem Anspruch gerecht zu werden, aber sie ist dabei, durch stärkere Kooperation zwischen den Staaten der islamischen Welt, durch die Modernisierung der Wirtschaft und vor allem auch durch die Entwicklung des militärischen Potenzials die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie dem Westen in Zukunft als gleichwertiger Partner gegenübersteht. Der Westen muss sich auf diese veränderte Lage einstellen, denn zweifellos werden sich dadurch die Beziehungen zwischen beiden Seiten schwieriger gestalten. Es geht in den folgenden Ausführungen also vornehmlich um den Islam und dessen Bedeutung für die Beziehungen zum Westen. Um die veränderte Lage in der islamischen Welt deutlich zu machen, bedarf es zunächst in einem ersten Teil einiger Erläuterungen zur jüngsten Entwicklung in der islamischen Welt, insbesondere in bezug auf den neuen Stellenwert des Islam bzw. des Islamismus.

Die islamische Welt, so wie sie heute existiert, wäre nicht vorstellbar ohne das besondere Verhältnis zu Europa und zum Westen. Das gilt auch umgekehrt für Europa, dessen Entwicklung nicht unwesentlich durch die Anregungen, die es aus dem Orient erhielt, geprägt wurde. Während es anfangs der Islam war, der im Mittelalter befruchtend auf Europa einwirkte, war es in den letzten beiden Jahrhunderten Europa, das die islamische Welt beeinflusste, sicher viel stärker und tiefgreifender, als der Islam Europa beeinflusste. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass auch die islamische Zivilisation wichtige Impulse von den Griechen erhielt, auf deren Erbe letztlich auch Europa fußt. Viele Aspekte in den Beziehungen zwischen dem Islam und dem Westen werden klarer, wenn man gewisse historische Fakten berücksichtigt. Im folgenden sollen deshalb einige wichtige Daten aus der Geschichte der Beziehungen zwischen dem Islam und Europa in Erinnerung gerufen werden. Als der Prophet Mohammed 632 starb, hatte er die gesamte Arabische Halbinsel seiner Herrschaft und damit dem Islam unterworfen. Hundert Jahre später erstreckte sich der islamische Herrschaftsbereich von Indien bis Europa, wo die arabisch-islamischen Heere in der Schlacht von Tours und Poitiers 732 von Karl Martell zum Stehen gebracht wurden. Syrien, einschließlich Palästinas mit Jerusalem, Ägypten und Nordafrika, wichtige Provinzen des Byzantinischen Reiches mit einer rein christlichen Bevölkerung, waren gewaltsam erobert und dem islamischen Reich eingegliedert worden. Spanien und Sizilien blieben mehrere Jahrhunderte unter islamischer Herrschaft, und die Sarazenen, wie die Muslime genannt wurden, waren für lange Zeit der Schrecken der Bevölkerung an den Küsten des Mittelmeeres, wie Chroniken vieler Städte und Klöster, die von ihnen überfallen und gebrandschatzt wurden, zu berichten wissen. Erst mit den Kreuzzügen rafften sich die Europäer zum Gegenangriff auf, konnten das Heilige Land aber nicht auf Dauer halten. Immerhin konnten Spanien und Sizilien seit dem 10. Jahrhundert

zurückeroberet werden. Aber der Islam blieb für Europa weiterhin eine Gefahr. Nachdem die Türken 1453 Konstantinopel erobert und damit das einst mächtige Byzantinische Reich ausgelöscht hatten, belagerten sie 1529 erstmals Wien. Bei der zweiten Belagerung Wiens 1683 erlitten sie eine empfindliche Niederlage, die den langsamen Niedergang des Osmanischen Reiches einleitete. Für fast tausend Jahre, von der Landung der ersten Mauren in Spanien bis zur zweiten Belagerung Wiens stand Europa unter ständiger Bedrohung durch den Islam, bemerkt Bernhard Lewis, einer der führenden Historiker über den Nahen Osten. Die Türken sahen sich nun nicht nur wachsendem Druck seitens Österreichs ausgesetzt und wurden von ihnen auf dem Balkan zurückgedrängt, sondern sie mussten auch in Südrussland dem Expansionsdrang Russlands weichen und nach und nach alle Gebiete an der Nordküste des Schwarzen Meeres und im Kaukasus aufgeben.

Als äußerst folgenschwer erwies sich die Landung Napoleons mit einem Expeditionsheer im Jahre 1798 in Ägypten. Dieses Unternehmen war insofern außergewöhnlich, als Napoleon auch Wissenschaftler und Techniker mit sich führte, die das Land vermessen und seine Altertümer aufnehmen sollten. Zwar verließen die Franzosen nach einer Niederlage durch die Briten bereits drei Jahre später das Land, der islamischen Welt wurde mit diesem Ereignis aber erstmals die militärische Überlegenheit der Ungläubigen (Europäer) bewusst, denn hier handelte es sich nicht um eine Begebenheit in irgendeinem Grenzgebiet, sondern im Zentrum der islamischen Welt, als das Kairo mit der Azhar-Universität seit jeher gilt. Mit der Eroberung Algeriens durch die Franzosen in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts begann dann die Kolonisierung der islamischen Welt durch die europäischen Mächte. 1882 gelangte Ägypten unter britische Herrschaft, und nach der Niederlage des Osmanischen Reiches Ende des Ersten Weltkrieges wurden auch die restlichen Gebiete der arabischen Welt von Großbritannien und Frankreich aufgeteilt. Von den islamischen Staaten blieben nur die Türkei, Iran, Saudi-Arabien und Afghanistan von europäischer Kolonialherrschaft frei.

Die Beziehungen zwischen dem Islam und Europa waren, wie die Ausführungen zeigen, vor allem von Konflikten bestimmt. Mit der Ausbreitung der europäischen Herrschaft in der islamischen Welt verstärkte sich zugleich auch der Handel, und die islamischen Staaten waren bemüht, von den Fortschritten der Europäer in Wirtschaft und Technik zu lernen. Muhammad Ali, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts über Ägypten herrschte, sandte Studenten nach Europa, vor allem Frankreich, damit diese die modernen Wissenschaften in Europa studierten, und holte zugleich europäische Techniker ins Land.

Unter dem Schutz der europäischen Mächte wurden schließlich auch im politischen Bereich tiefgreifende Veränderungen vorgenommen und das traditionelle, auf der Scharia, dem islamischen Gesetz, beruhende Rechtssystem zurückgedrängt. In vielen Ländern wurden nach europäischem Vorbild Verfassungen sowie Mehrparteiensysteme und Parlamente eingeführt. Die nach Erlangung der Unabhängigkeit an die Macht gelangten Eliten, vor allem Militärs und Fachleute, die in Europa studiert hatten, versuchten mit aus Europa importierten Ideologien, wie Sozialismus und Nationalismus, die Rückständigkeit zu überwinden und die Gesellschaft zu modernisieren. Sie hielten den Islam für die eigentliche Ursache der Rückständigkeit ihrer Länder. Als wesentliche Voraussetzung für die Überwindung der Unterentwicklung und die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sahen sie die Errichtung einer laizistischen Staatsordnung, wie sie sich in Europa herausgebildet hatte, und die Zurückdrängung des Islam. Letztlich ging es ihnen um die Stärkung der militärischen Macht, denn gleichzeitig befanden sich die arabischen Staaten in einem Schicksalskampf gegen den (1948) neu gegründeten Staat Israel, den man als einen Fremdkörper und als einen Versuch sah, die europäische Vorherrschaft in der Region fortzusetzen. Der Kampf gegen Israel war für viele Regime des sogenannten progressiven Lagers, vor allem in Ägypten und Syrien, die durch

einen Militärputsch an die Macht gelangt waren, eines der wesentlichsten Ziele ihrer Politik und zugleich ein Mittel, ihrer Herrschaft eine zusätzliche Legitimation zu verleihen. Aber gerade hierbei scheiterte der ägyptische Präsident Nasser. Durch die Niederlage im Junikrieg von 1967 gegen Israel verspielte Nasser nicht nur sein Ansehen als charismatischer Führer der arabischen Massen, sondern es scheiterte damit zugleich auch der Versuch, das laizistische Modell in der islamischen Welt durchzusetzen.

Das Versagen der arabischen Nationalisten und Sozialisten und ihrer importierten Ideologien hinterließ ein ideologisches Vakuum, das nun von den Islamisten ausgefüllt wurde. Ihre Ideologie basiert auf dem Islam, also auf eigenen, nicht aus Europa übernommenen Traditionen. Bereits nach der Invasion Napoleons in Ägypten setzte bei den islamischen Gelehrten, vor allem an der Azhar-Universität in Kairo, ein Nachdenken über die Ursachen für die Unterlegenheit der Muslime gegenüber den Ungläubigen ein. Allgemein setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Muslime den Islam verfälscht hatten. Wenn die Muslime wieder erfolgreich sein wollten, wie ihre Vorfahren unter Mohammed und in der Frühzeit des Islam, mussten sie zu den Fundamenten des Islam, d.h. zum unverfälschten Islam, wie ihn Mohammed gelehrt hatte, zurückkehren. Denn dass ihre Religion die einzig richtige und wahre und allen anderen Religionen überlegen ist, sowohl der christlichen wie der jüdischen, davon waren und sind die Muslime zutiefst überzeugt. Nach islamischer Überlieferung hat Gott (Allah) dem Propheten Mohammed die ursprünglich rein monotheistische und damit die einzig wahre Religion offenbart, die erstmals durch Abraham in die Welt kam, von den Juden und Christen später aber verfälscht wurde. Mit dem Islam waren die vorausgegangen Offenbarungen der Juden und Christen demnach überholt, und seitdem gilt nur der Islam. Der Beweis für die Richtigkeit des Islam ist seine göttliche Offenbarung. Im Gegensatz zur Bibel, die nur über Gott und die Propheten berichtet, ist der Koran Gottes Wort und gilt deshalb für alle Ewigkeit. Auch die im Koran enthaltenen Vorschriften und Gesetze haben für alle Zeit und überall auf der Welt Gültigkeit, denn der Islam versteht sich als eine universelle Religion, die sich an die gesamte Menschheit richtet.

Wenn der Islam die einzig wahre Religion ist, muss auch das auf ihm basierende Ordnungssystem das einzig wahre und folglich den Ordnungsmodellen, die auf überholten Religionen wie der christlichen basieren, überlegen sein. Nach Überzeugung der Muslime ist das islamische Gesetz, die Scharia, das bestmögliche System auf dieser Welt. Deshalb mag der Westen vorübergehend den Muslimen auf technologischem Gebiet voraus sein, die Zukunft gehört jedoch dem Islam. Denn der Islam ist, wie die Islamisten argumentieren, nur deshalb zurückgefallen, weil die Europäer ihn an der Entwicklung gehindert haben. Wenn die islamische Herrschaft errichtet ist und damit alle fremden, nichtislamischen Einflüsse beseitigt sind, wie es die Islamisten anstreben, wird die islamische Welt wieder auf allen Gebieten an der Spitze des Fortschritts stehen, wie das zur Zeit Mohammeds und in der Frühzeit des Islams der Fall war, als die islamische Zivilisation der europäischen weit überlegen war.

Im Jahre 1928 begann Hasan al-Banna, ein Lehrer aus der ägyptischen Stadt Ismailia am Suezkanal, diese Gedanken politisch umzusetzen und eine islamistische Ideologie zu propagieren, indem er die Bewegung der Muslimbrüder gründete und als politisches Ziel die Errichtung eines islamischen Staates verkündete, in dem die Scharia vollständig angewendet wird. Dieses Ziel sollte notfalls auch mit Gewalt durchgesetzt werden. Mit al-Banna wird erstmals der Versuch unternommen, den Islam für politische Zwecke zu instrumentalisieren (weshalb wir bei den Muslimbrüdern von Islamisten sprechen und nicht von Muslimen).

Seit der Niederlage Ägyptens im Junikrieg von 1967 und dem Versagen des laizistischen Modells hat der Einfluss der Islamisten ständig zugenommen, und in vielen Staaten der

arabischen und islamischen Welt bilden sie heute die stärkste politische Kraft. Durch den Erfolg Khomeinis, der ebenfalls auf der Ideologie der Muslimbrüder fußte, und die Errichtung der islamischen Republik im Iran (1979) erhielten die Islamisten in allen Teilen der islamischen Welt einen gewaltigen Auftrieb. Die Islamisten propagierten die Losung „der Islam ist die Lösung“ (al-islam al-hall), wie sie z.B. auch bei den Parlamentswahlen in Ägypten verbreitet wird. Diese ebenso populistische wie demagogische Parole sagt nicht, wie die Probleme gelöst werden sollen. Trotzdem findet sie in weiten Teilen der Bevölkerung, vor allem bei den ärmeren Schichten, Zustimmung. Die Gründe für den Zulauf, den die Islamisten erhalten, sind nicht zuletzt in der wirtschaftlichen und sozialen Misere zu suchen. Angesichts der durch die Modernisierung bewirkten wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche und den damit verbundenen Unsicherheiten suchen die Massen nach einem Halt, den sie am ehesten in dem ihnen vertrauten Islam zu finden hoffen. Darüber hinaus bemühen sich die Islamisten bewusst auch um praktische Hilfe für die untersten Schichten der Bevölkerung, die durch das soziale Netz des Staates fallen. Nebenbei sei hier nur kurz vermerkt, dass die großen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in den meisten Staaten der islamischen Welt eine unmittelbare Folge des enormen Bevölkerungswachstums sind. So hatte der Iran im Jahre 1979, als der Schah gestürzt und Khomeini die islamische Republik errichtete, 34 Mio. Einwohner, heute, 23 Jahre später, sind es doppelt so viel, nämlich knapp 70 Mio. In fast allen anderen Staaten der islamischen Welt ist das Bevölkerungswachstum ähnlich hoch.

Die Islamisten werden, weil sie so großen Zulauf haben, von den etablierten Regimen als ernsthafte Bedrohung der eigenen Herrschaft gefürchtet und deshalb unterdrückt und verfolgt. In Ägypten z.B. sind sie deshalb auch nicht als Partei zugelassen. Das von den Muslimbrüdern geforderte Recht auf Zulassung als offizielle Partei, um über Parlamentswahlen legal an die Macht zu gelangen, wird ihnen von Präsident Mubarak mit dem Argument verweigert, dass sie nur an die Macht wollten, um dann das (quasi)demokratische System zu beseitigen und einen totalitären Gottesstaat zu errichten.

Während die Mehrheit der Islamisten auf die Anwendung von Gewalt verzichtet (in Ägypten haben die Muslimbrüder offiziell der Gewalt abgeschworen), haben sich extremistische und gewaltbereite Elemente von der breiten Strömung der Islamisten bzw. Muslimbrüder abgesondert und eigene terroristische Organisationen gegründet mit dem Ziel, die herrschenden Regime mit Gewalt zu bekämpfen und sie durch Terrorakte, vor allem auch durch Ermordung ausländischer Touristen, zu destabilisieren. Eines der Zentren militanter islamistischer Gruppen ist Ägypten, wo heute vor allem die Gruppen Jihad (heiliger Krieg) und Jama'a Islamiya (islamische Gruppe) aktiv sind, die wesentlich die internationale islamistisch-terroristische Bewegung mitgestaltet haben. Mit der Ermordung Präsident Sadats (1981) gelang ihnen der wohl spektakulärste Schlag. Ihr Ziel, das herrschende Regime zu stürzen, haben sie jedoch nicht erreicht. Die ägyptische Regierung unter Präsident Mubarak, dem Nachfolger Sadats, geht gegen die terroristischen Islamisten mit größter Härte vor, so dass sie gegenwärtig keine Bedrohung für den Staat bilden. Auch in anderen Staaten bilden militante Islamisten eine Gefahr für die Sicherheit, wie z.B. in Algerien. Aber auch ein islamischer Staat wie Saudi-Arabien, in dem das islamische Gesetz zu hundert Prozent angewendet wird, sieht sich durch eine islamistische Opposition herausgefordert. In diesem Falle ist es die prowestliche Politik des Königs, vor allem die Stationierung von über 500.000 amerikanischen Soldaten während des zweiten Golfkrieges (1991) gegen Saddam Husain, die den Islamisten ein Dorn im Auge ist. Für König Fahd ist die islamistische Herausforderung besonders gefährlich, da sie zugleich auch seine islamische Legitimation in Frage stellt. Inzwischen haben die arabischen Staaten, die sich fast alle vom islamistischen Terrorismus bedroht fühlen, die Koordinierung ihrer Maßnahmen bei der Bekämpfung des Terrorismus vereinbart.

Auch wenn die Islamisten nicht als Partei zugelassen sind, üben sie auf die Gesellschaft und die öffentliche Meinung einen kaum zu überschätzenden Einfluss aus und tragen mit ihrer Agitation wohl am stärksten zur allgemeinen Islamisierung der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens bei. Mit der Forderung nach mehr Islam können sie auch mit der Unterstützung des offiziellen islamischen Establishments rechnen, d.h. der Vertreter der staatlichen islamischen Behörden, wie des Religionsministeriums, des Muftiamtes oder, im Falle Ägyptens, des Scheichs der Azhar. Der Unterschied zwischen beiden liegt einzig darin, dass sich die Vertreter des offiziellen Islam gegenüber dem Staat, von dem sie bezahlt werden, loyal verhalten, während die Islamisten diesen Staat beseitigen und selbst die Macht übernehmen wollen. Was die Ziele betrifft, nämlich die ausschließliche Herrschaft des islamischen Gesetzes, so besteht zwischen beiden kaum ein Unterschied. Viele Regime haben die offiziellen islamischen Institutionen bewusst gefördert, zum einen, um damit ihre islamische Legitimierung zu stärken, zum anderen, um mit ihrer Hilfe die vermeintlich von den extremistischen und militanten Islamisten irreführende Jugend zu einem richtigen Islam und damit zu staatsreuen Bürgern zu erziehen. Das Ergebnis aber ist, dass sich die Vertreter des fundamentalistischen Islam inzwischen so weit ausbreiten konnten, dass sie in den staatlichen Behörden, vor allem in den Gerichten, den Ton angeben. Ein Beispiel hierfür ist die Scheidung (1995) der Ehe des ägyptischen Literaturwissenschaftlers Abu Zaid mit dem Argument, dass eine muslimische Frau nicht mit einem Ungläubigen verheiratet sein dürfe. Abu Zaid war des Unglaubens, d.h. des Abfalls vom Islam bezichtigt worden, weil er es gewagt hatte, den Koran kritisch zu interpretieren. Einige Professoren forderten deshalb sogar die Todesstrafe für Abu Zaid. Die Regime vieler islamischer Staaten, die ihre Gesellschaft modernisieren wollen, befinden sich in einem echten Dilemma. Einerseits sehen sie sich gezwungen, die offiziellen islamischen Behörden und Institutionen zu stärken, andererseits müssen sie sich dann von eben diesen Institutionen Kritik wegen nicht genügender Berücksichtigung der islamischen Gesetze gefallen lassen. Kein Führer eines islamischen Staates kann es sich heute mehr leisten, eine offen antiislamische (und damit auch laizistische) Politik zu betreiben, wie das z.T. in den sechziger Jahren in Syrien, dem Irak oder dem Südjemen der Fall war, als die laizistische Ideologie noch unangefochten die Politik beherrschte.

Der Islam ist nicht nur eine wichtige Legitimation für den Herrscher, ob Präsident oder Monarch, sondern der Islam ist, nicht zuletzt aufgrund der Agitation der Islamisten, wieder die einzig legitime Ideologie und die Grundlage der Identitätsfindung für die Muslime. Da der Islam nicht nur Religion ist, sondern ein umfassendes Ordnungssystem für alle Bereiche des Lebens, also eine Zivilisation darstellt, können sich auch religiös weniger engagierte Personen problemlos mit dem Islam identifizieren. Wenn Politiker und andere Vertreter des öffentlichen Lebens die Ideologie der Islamisten und deren Ziele strikt ablehnen, so fühlen sie sich dennoch als Muslime, deren Leben vom Islam bestimmt wird.

Diese vom Islam geprägte Lebenswelt sehen heute viele Muslime, nicht nur Islamisten und orthodoxe Muslime, sondern auch liberal und durchaus laizistisch gesinnte Bürger durch die auf breiter Front einbrechenden westlichen Einflüsse bedroht. In jüngster Zeit hat sich diese an sich schon seit langem zu beobachtende Entwicklung aufgrund der Einführung moderner Kommunikationsmittel wie des Satellitenfernsehens in beängstigender Weise beschleunigt, so dass viele die eigene Identität durch den Westen ernsthaft bedroht sehen. Heute findet sich in der islamischen Welt kaum noch jemand, der den Westen und seine Werte vorbehaltlos bewundert. Vielmehr sind sich so gut wie alle, ob Islamisten oder nicht, in der Ablehnung der westlichen Werteordnung, die als dekadent und materialistisch abgestempelt wird, einig. Das steht keinesfalls im Widerspruch zur Übernahme westlicher technologischer Erfindungen und Konsumgüter, die als wertfrei gelten und damit auch nach islamischen Gesichtspunkten bedenkenlos benutzt werden können.

Die Islamisten, vor allem die militanten, sehen das ähnlich, ziehen aber weitergehende Schlüsse. Als Islamisten lehnen sie schon aus Prinzip alles Fremde, das nicht auf dem Islam basiert, ab. Sie unterstellen aber dem Westen, dass er ganz bewusst die Ausbreitung seiner Zivilisation in der islamischen Welt betreibt, um diese zu zerstören. Für sie ist der Westen deshalb der Hauptfeind, Khomeini sprach vom großen Satan, von dem die größte Gefahr für den Islam ausgehe. Gegen diesen Angriff des Westens auf den Islam müßten sich die Muslime zur Wehr setzen. Militante Islamisten wie Bin Ladin gehen noch einen Schritt weiter und glauben, den Islam gegen diesen Angriff offensiv verteidigen zu müssen. Wenn es aber um die Verteidigung des Islam gegen einen äußeren Feind gehe, sei jedes Mittel recht. So erklären sich der abgrundtiefe Hass Bin Ladins und der al-Qa'ida-Organisation und ihre Aktionen vom 11. September 2001.

Hierbei spielt noch ein anderer Aspekt eine Rolle. Der Islam versteht sich als eine universelle Religion, die sich an die gesamte Menschheit richtet, d.h. der Islam, bzw. sein Herrschaftsbereich, müsse über die ganze Welt verbreitet werden. Nach islamischem Verständnis ist die Welt in ein Gebiet des Islam (dar al-islam) und ein Gebiet des Nicht-Islam (dar al-harb, Gebiet des Krieges) eingeteilt. Ewigen Frieden werde es erst geben, wenn die ganze Welt dem islamischen Herrschaftsbereich unterworfen ist. Dies müsse notfalls auch mit Gewalt durchgesetzt werden. In der Frühzeit des Islam gab es zu diesem Zweck den Jihad, den heiligen Krieg, der regelmäßig gegen die Byzantiner und andere christliche, d.h. ungläubige Staaten, geführt wurde. Im Rahmen der Rückbesinnung auf die Fundamente des Islam haben die Islamisten auch den Gedanken des Jihad wiederbelebt, der den Kampf gegen die Ungläubigen zur Pflicht macht. Wenn die eigene Regierung als nichtislamisch betrachtet wird, dann kann auch gegen sie der Jihad erklärt werden. In der Regel richtet sich der Jihad aber gegen die äußeren Feinde, also die Staaten außerhalb der islamischen Welt, des dar al-harb. Für die Islamisten, die heute einen erheblichen Einfluss auf die Politik und die öffentliche Meinung ausüben, gestaltet sich das Verhältnis zwischen der islamischen Gemeinschaft und dem Rest der Welt auf der Grundlage dieser aus der Frühzeit des Islam stammenden Vorstellungen. Es ist klar, dass sich unter diesen Bedingungen die Beziehungen der islamischen Welt nach außen, also vor allem auch gegenüber dem Westen, schwierig gestalten. Je mehr Einfluss die Islamisten gewinnen, um so stärker werden sie die außenpolitischen Beziehungen bestimmen. Das Beispiel des Iran, dessen Politik von der islamistischen Ideologie bestimmt wird, zeigt in etwa, wie eine solche Politik aussehen kann.

Reislamisierung und Islamismus haben, wie bereits angedeutet, nicht nur zu einer Rückbesinnung auf eigene, im Islam verwurzelte Werte und Traditionen geführt, sondern gleichzeitig auch einen Wandel in der Wahrnehmung des Westens und seiner Werte bewirkt. Die Zeiten sind längst vorbei, als man den Westen als ein Vorbild sah, und von Europa politische und wirtschaftliche Systeme übernahm in der Hoffnung, dadurch die eigene Rückständigkeit und Unterentwicklung schneller überwinden zu können. Der Zusammenbruch des Kommunismus und der Sowjetunion, die für viele so genannte progressive Staaten wegweisend waren, hat die letzten Illusionen von der Überlegenheit Europas zerstört. Viele einst überzeugte Kommunisten und Atheisten haben sich inzwischen zu eifrigen Islamisten gewandelt. Der Westen, insbesondere die USA, werden heute vor allem unter negativen Aspekten gesehen. In der öffentlichen Meinung der islamischen Welt wollten die USA und Westeuropa die Staaten der Dritten Welt politisch und wirtschaftlich dominieren und ihnen ihr eigenes politisches Modell aufzwingen, nämlich die parlamentarische Demokratie, Parteienpluralismus und Meinungsfreiheit der Presse sowie im wirtschaftlichen Bereich das Modell der freien Marktwirtschaft. Die Globalisierung diene nur der weiteren Ausdehnung und Festigung der westlichen Herrschaft und werde deshalb von der islamischen

Welt abgelehnt. Nachdem sich die islamischen Staaten von der europäischen Fremdherrschaft befreit hätten, wollten sie ihre Politik selbst bestimmen und ihr politisches und wirtschaftliches System nach eigenen Vorstellungen und Traditionen gestalten.

Mehr noch als politische und wirtschaftliche Modelle wird die Ideologie des Westens angeprangert. Als besonders verwerflich und gefährlich gilt in den Augen der Muslime die Zurückdrängung der Religion, was auch die Ursache für alle anderen Defizite der westlichen Gesellschaft sei. In diesem Zusammenhang wird auch der in Europa für die Entwicklung zur Moderne so positiv bewertete Laizismus verurteilt, der dem Islam fremd ist. Von den Islamisten wird die Einheit von Politik und Religion als zentraler Bestandteil des von ihnen angestrebten Staates angesehen, wobei sie sich an der von dem Propheten Mohammed errichteten Gottesherrschaft in Medina orientieren, die, weil sie auf der göttlichen Offenbarung beruhe, auch für den heutigen Staat als verbindlich gelte. Wegen der Zurückdrängung der Religion sei die westliche Gesellschaft zu einem Hort der Unmoral, des Lasters, der Dekadenz und des Materialismus verkommen und stelle deshalb für Muslime eine besondere Gefahr dar. Vor einigen Jahren warnte der saudische Obermufti, Ibn Bas, die Schüler und Studenten davor, die Ferien im Westen zu verbringen, da sie dort vom rechten Weg des Islam abgebracht würden. Stattdessen sollten sie lieber zu Hause bleiben und den Koran auswendig lernen. (Wie weit sein Rat befolgt wurde, darüber wurde in der Zeitung nicht berichtet).

Das Erstarren der islamistischen Bewegung und die Rückbesinnung auf eigene Werte und Traditionen sowie das daraus resultierende wachsende Selbstbewusstsein der islamischen Staaten wirken sich auf die Zusammenarbeit zwischen der islamischen Welt und dem Westen insgesamt negativ aus, so dass über eine Vielzahl politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fragen unterschiedliche und gegensätzliche Ansichten existieren. Bestehende Konflikte zwischen beiden Seiten lassen sich aufgrund der unterschiedlichen Interessen immer schwerer lösen, wie die Themen Demokratisierung, Drogenbekämpfung, Menschenrechte usw. zeigen. Noch schwieriger wird es bei den derzeit zentralen Konflikten und Problemkreisen, wie dem Nahost-Konflikt oder dem islamistischen Terrorismus. Der Nahost-Konflikt, so scheint es, ist für die **Beziehungen zwischen der islamischen Welt und dem Westen** von entscheidender Bedeutung. Er beherrscht seit über einem halben Jahrhundert die Politik in der nahöstlichen Region, und ohne seine Lösung werden sich auch die Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt auf die Dauer nicht einvernehmlich entwickeln. Tatsächlich handelt es sich hierbei um einen Konflikt, der auch die Araber, ja die gesamte islamische Welt betrifft, was ihm seine besondere Brisanz verleiht und seine Lösung so schwierig macht. Darüber hinaus ist dieser Konflikt zugleich die Ursache für eine Reihe anderer Konflikte bzw. verstärkt diese wie ein Katalysator. So hängt das Erstarren des Islamismus und des islamistischen Terrorismus ohne Zweifel mit dem Nahost-Konflikt, d.h. mit der Entstehung des Staates Israel, zusammen. Ob es jedoch den Islamismus und den islamistischen Terrorismus nicht gäbe, wenn Israel nicht existierte, wie viele meinen, möchte ich eher bezweifeln, denn für die Entstehung des Islamismus sind andere Faktoren wohl wichtiger, wie ich eingangs kurz zu erklären versucht habe.

An dieser Stelle sollen nur einige wenige zentrale Aspekte des Nahost-Konfliktes angesprochen werden. Für die Muslime im Allgemeinen und die Araber im Besonderen stellt Israel ein nur schwer hinzunehmendes Faktum dar. Auch wenn es zu einer Lösung des Konfliktes kommen würde, und der Plan des saudischen Kronprinzen Abdallah zeigt, dass auf Seiten der Araber eine große Bereitschaft dazu besteht, wird es immer noch Kräfte geben, vor allem islamistische, die einen Frieden mit Israel ablehnen und weiterhin das Ziel verfolgen werden, den Staat Israel zu beseitigen oder versuchen werden, ihn durch Anschläge

zumindest zu destabilisieren. Das Scheitern der bisherigen Friedensmühungen ist nicht nur auf den Widerstand jüdischer Orthodoxer, die schließlich Rabin ermordeten, zurückzuführen, sondern ebenso auf die Haltung der Islamisten, insbesondere der Hamas unter Führung von Scheich Yasin, die nach wie vor die Vernichtung des Staates Israel anstreben.

Während die meisten arabischen und islamischen Staaten heute einen Friedensvertrag mit Israel grundsätzlich befürworten, gibt es andere Staaten, wie den Irak und Iran, die eine friedliche Regelung des Nahost-Konfliktes verhindern wollen und die islamistischen Kräfte in Palästina unterstützen. Saddam Husain, der während des Golfkrieges versuchte, den Nahost-Konflikt für seine politischen Ziele zu nutzen, zahlt den Angehörigen jedes Selbstmordattentäters eine Prämie von über 20.000 \$.

Die Initiative des saudischen Kronprinzen Abdallah zeigt, wie sehr der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern auch die nicht unmittelbar an dem Konflikt beteiligten Staaten in der Region belastet. Für die Staatshäupter der mit den USA verbündeten Staaten, zu denen vor allem Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien zählen, wird es angesichts der in Palästina eskalierenden Gewalt immer schwieriger, ihrer Bevölkerung klarzumachen, warum sie auf die USA nicht mehr Druck ausüben, um Israel zur Einstellung seiner Militärmaßnahmen gegen die Palästinenser zu zwingen. Innenpolitisch werden die Regierungen dieser Staaten kritisiert, weil sie immer noch gute Beziehungen zu den USA pflegen und, im Falle Ägyptens, immer noch nicht die Beziehungen zu Israel abgebrochen haben. Der Nahostkonflikt wirkt sich so destabilisierend auf die Innenpolitik der genannten Staaten aus. Bei diesen Staaten handelt es sich aber um die mit dem Westen befreundeten bzw. verbündeten Staaten. Wenn der Westen die freundschaftlichen Beziehungen zu ihnen nicht gefährden will, muss er auf ihre Interessen Rücksicht nehmen und sich stärker für eine Beilegung des Konfliktes einsetzen als das bisher der Fall war.

Im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt wird den USA der Vorwurf gemacht, eine doppelbödeige Politik zu betreiben, denn während sie die Militäraktionen der israelischen Armee gegen die Palästinenser duldeten, würden sie gegen andere Regime wie das des irakischen Diktators Saddam Husain wegen Verletzung von UNO-Beschlüssen militärisch vorgehen.

Der Nahost-Konflikt ist insgesamt zu einer Belastung für die Beziehungen zwischen der arabischen und islamischen Welt auf der einen Seite und den USA und Europa auf der anderen Seite geworden, weil die USA und Europa in den Augen der Araber Israel einseitig unterstützen und zu wenig Rücksicht auf die Palästinenser nehmen. Insbesondere von den Europäern erwarten die arabischen Staaten ein stärkeres Engagement zugunsten der Palästinenser, nicht nur durch Finanzhilfen, sondern durch direkte Maßnahmen gegen Israel. Allerdings scheinen die Erwartungen der Araber an die Europäer, speziell die Deutschen und ihre Möglichkeiten der Einflussnahme auf Israel, übertrieben zu sein. Nur eine gemeinsame Haltung Europas und der USA könnte die gegenwärtige israelische Regierung zur Mäßigung zwingen. Wenn keine Lösung des Nahost-Konfliktes erreicht wird, könnte dieser weiter eskalieren und möglicherweise zu einem neuen militärischen Konflikt zwischen Israel und den Arabern führen. Eine solche Entwicklung hätte unmittelbare Auswirkungen auch auf Europa, zumal dann, wenn es zu einem neuen Ölboycott käme, wie 1973 während des Oktoberkrieges.

Während der Nahostkonflikt die Araber stärker und unmittelbarer betrifft als Europa oder die USA, ist es beim **islamistischen Terrorismus** umgekehrt, hier sind in erster Linie die USA die Betroffenen, die deshalb am stärksten auf Maßnahmen gegen dieses Übel drängen. Zwar hat

sich der Rauch über den Trümmern der zerstörten Hochhäuser in New York verzogen, ein Grund zur Entwarnung besteht jedoch nicht, wie der jüngste Anschlag in Dscherba in Tunesien zeigt. Das Gerichtsverfahren in Frankfurt gegen fünf Algerier, Angehörige der Qa'ida-Organisation, macht erneut deutlich, wie stark Deutschland in diesen Konflikt involviert ist und ebenfalls schnell zum Ziel für Terrormaßnahmen werden kann.

Der islamistische Terrorismus ist der westlichen Öffentlichkeit durch die Anschläge vom 11. September 2001 schlagartig und auf brutale Weise bewusst geworden. Neu ist dieses Phänomen allerdings nicht, wie vorangegangene Anschläge zeigen (u.a. der Anschlag auf den US-Zerstörer Cole im Hafen von Aden oder die Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania). Viele Länder des Nahen Ostens kämpfen seit Jahren gegen den islamistischen Terror, insbesondere Algerien, aber auch Ägypten. Auf einige Aspekte des Entstehens dieses Phänomens ist anfangs bereits kurz eingegangen worden. Zu unterscheiden ist zwischen den gemäßigten Islamisten, also der islamistischen Bewegung insgesamt, zu denen vor allem die Muslimbrüder zählen, und den Gruppen extremistischer, gewalttätiger Islamisten, die einerseits gegen ihre eigenen Regierungen kämpfen und andererseits ein weltweites Terrornetz mit dem Ziel errichtet haben, speziell die USA und den Westen anzugreifen.

Der islamistische Terror ist, wie jeder Terror, ein Phänomen, das es zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften gegeben hat. Deutschland hat mit der Roten Armee Fraktion, die jahrelang Anschläge auf hochgestellte Politiker und Wirtschaftsvertreter verübte, selbst traurige Erfahrungen mit diesem Problem gemacht (erinnert sei nur an die Ermordung von Buback, Schleyer und Herrhausen). Es handelt sich hierbei also keineswegs um eine spezielle Erscheinung im Islam. Noch abwegiger wäre die Meinung, alle Muslime für Terroristen zu halten, was niemand ernsthaft behauptet, was aber unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September hier und da in den Medien anklang. In der islamischen Welt wurde nach den Anschlägen das Gespenst einer antiislamischen Kampagne an die Wand gemalt, was allerdings völlig unbegründet war. Aber auch die Behauptung, dass der islamistische Terror überhaupt nichts mit dem Islam zu tun habe, wie nicht nur in der islamischen Welt immer wieder beteuert wird, sondern auch bei uns inzwischen die offizielle Version ist, stimmt so nicht. Einige Muslime glauben das Problem dadurch aus der Welt schaffen zu können, dass sie behaupten, Bin Ladin und seine Leute seien gar keine Muslime, denn richtige Muslime täten so etwas nicht. So einfach ist es leider nicht. Bin Ladin selbst gilt als guter, ja frommer Muslim, was auch von anderen Mitgliedern der Organisation, wie seinem Stellvertreter al-Zawahiri, gesagt wird, und es besteht kein Grund, das in Frage zu stellen.

Ohne Zweifel gibt es zwischen dem islamistischen Terrorismus und dem Islam Beziehungen. Ich behaupte, dass es im Islam gewisse Erscheinungen gibt, die das Entstehen des islamistischen Terrors begünstigen. Hier soll nur auf einige Aspekte eingegangen werden. Da ist zum einen das übersteigerte Überlegenheitsgefühl des Islam als einzige wahre Religion, woraus gleichzeitig folgt, dass die Welt des Islam auf allen Gebieten der übrigen Welt überlegen sein müsse. Daraus resultiert die Einteilung der Welt in die des Islam und die des Krieges (dar al-harb), wie wir es weder in der christlichen noch in der jüdischen Religion finden. Das Gebiet des Krieges aber müsse dem Herrschaftsbereich des Islam unterworfen werden, was in der Frühzeit des Islam mit Hilfe des Jihad geschah. Für einen frommen oder islamistischen Muslim stellt sich die Welt heute als eine verkehrte Welt dar, weil nach seiner Überzeugung der Islam die dominierende Macht sein müsste. Das ist aber nicht der Fall, sondern diesen Platz nehmen die Ungläubigen ein. Für die Islamisten kann es sich hierbei nur um eine gegen den Islam gerichtete Verschwörung handeln. Dagegen aber müsse sich die islamische Welt verteidigen, wozu, wie in der Frühzeit des Islam, auf die sich die Islamisten ja ständig zu berufen pflegen, auch der Jihad zählt.

Das besondere Problem mit dem islamistischen Terrorismus liegt nicht zuletzt darin, dass in der islamischen Welt der Terrorismus der Islamisten nur solange verurteilt wird, wie er das eigene Land trifft, wenn dieser islamistische Terror aber gegen nichtislamische Staaten oder Gruppen, z.B. Israel, gerichtet ist, dann ist gegen ihn nichts einzuwenden. Der Terrorismus der Islamisten wird also nicht grundsätzlich verurteilt, sondern nur, wenn er sich gegen Muslime richtet. Die furchtbaren Anschläge gegen israelische Zivilisten hingegen werden in der islamischen Welt weitgehend gutgeheißen, auch wenn dabei Frauen und Kinder getötet werden. Allerdings sind in einigen Ländern inzwischen Zweifel an dieser Logik aufgekommen. In Saudi-Arabien hat der Obermufti in einem Rechtsgutachten (fatwa) entschieden, dass palästinensische Selbstmordattentäter, die in Israel Zivilisten umbringen, keine Märtyrer (shahid) sind und folglich auch nicht als Belohnung für diese Tat sofort in das Paradies kommen. Dem haben andere islamische Rechtsgelehrte natürlich widersprochen, besonders heftig Scheich Yasin, der Leiter der islamistischen Hamas, die in der Hauptsache für die Selbstmordattentate verantwortlich ist. Das Rechtsgutachten des saudischen Obermuftis ist verständlich, wenn man bedenkt, dass auch Saudi-Arabien mit dem Problem des Islamismus kämpft, denn schließlich ist Bin Ladin selbst Saudi-Araber und sein Hauptziel ist der Sturz des saudischen Königshauses. Im übrigen macht es aber auch deutlich, dass ein solches Rechtsgutachten nur von relativem Wert ist, da ein anderer Rechtsgelehrter zu einem völlig entgegengesetzten Urteil kommen kann.

Ein anderer Aspekt mag zeigen, wie kompliziert die Zusammenhänge mit den islamistischen Terroristen sind. Die Gründer und Mitglieder der Terrororganisation al-Qa'ida sind fast ausnahmslos sogenannte Afghanistankämpfer, die ursprünglich gegen die Sowjetarmee in Afghanistan kämpften und hierfür von Pakistan und dem amerikanischen CIA ausgebildet wurden. Als sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Abzug der Sowjettruppen in Afghanistan keine Aufgaben mehr hatten, gingen einige in ihre Heimatländer zurück, wo sie die lokalen Islamistengruppen stärkten, was insbesondere in Ägypten Anfang der 90er Jahre zu einem plötzlichen Anstieg der Terroraktionen führte, andere gingen in neu entstandene Krisengebiete, wie Bosnien oder Tschetschenien, wo sie die Muslime im Kampf gegen die Ungläubigen unterstützten. Während die Islamisten in den eigenen Ländern verfolgt wurden, z.B. in Ägypten und Saudi-Arabien, fand ihr Kampf in Bosnien, Tschetschenien oder im Kaukasus in der islamischen Welt Beifall und finanzielle Unterstützung, weil es sich hierbei ja um die Verteidigung des Islam gegen die Ungläubigen handelte, also eine gute Sache war. An der Unterstützung bzw. Finanzierung dieser Kämpfer für den Islam beteiligten sich vor allem die reichen Ölstaaten, in erster Linie Saudi-Arabien, sowohl einzelne Privatleute als auch islamische Organisationen mit Wissen oder sogar Unterstützung der jeweiligen Regierung.

Der Erfolg der Islamisten auf internationaler Ebene beruht nicht zuletzt auf der Zusammenarbeit von Muslimen aus aller Welt, unabhängig davon, aus welchem Land sie kommen, welche Sprache sie sprechen oder welche Hautfarbe sie haben. Dass dies anscheinend so leicht funktioniert, basiert wesentlich auf dem Gedanken der islamischen Umma, d.h. der Gemeinschaft aller Gläubigen, die alle gleich sind, unabhängig davon, ob es sich um Araber, Iraner oder Türken handelt. Die Idee der Umma bedeutet zugleich, dass es im Islam keinen Nationalstaat geben kann. Dieser wurde erst durch die europäischen Mächte in der islamischen Welt eingeführt. Er wird deshalb von den Muslimen abgelehnt. Die von den europäischen Mächten geschaffenen Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg werden als künstlich betrachtet und die Schaffung von Nationalstaaten als Versuch, die islamische Welt zu teilen, um sie dadurch zu schwächen. Versuche, diese Grenzen zu überwinden, indem sich einige Staaten vereinigten, wie z.B. Ägypten und Syrien 1958 zur Vereinigten Arabischen

Republik, scheiterten. Die von den europäischen Kolonialmächten gezogenen Grenzen waren demnach wohl nicht ganz so künstlich, wie von arabischen Nationalisten und Islamisten behauptet wird.

Für die USA und Europa ist im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus die Zusammenarbeit mit den Staaten in der islamischen Welt von besonderer Bedeutung, denn ohne sie dürfte es schwer, wenn nicht unmöglich sein, diesen unter Kontrolle zu bringen. Vor allem kommt es darauf an, dass die islamischen Staaten stärker und eindeutiger als bisher den Terror grundsätzlich verurteilen und gegenteilige Propaganda islamistischer Kräfte in Moscheen und religiösen Zentren, die große Teile der Bevölkerung erreichen und diese aufhetzen, unterbinden. Die islamischen Staaten dürften sich jedoch kaum bereit finden, in dieser Hinsicht ihre bisherige Haltung aufzugeben. Die Anschläge der Hamas und Hizbullah sind nach allgemeiner Auffassung in der islamischen Welt eben nicht mit Terrorismus gleichzusetzen, sondern sie gelten der gerechten Verteidigung.

Während schon die mit den USA befreundeten Staaten in Fragen der Kooperation bei der Bekämpfung des Terrorismus äußerst zurückhaltend sind, ist eine Zusammenarbeit mit den Staaten, die dem Westen, insbesondere den USA, offen feindlich gesinnt sind, derzeit nicht möglich. Zu diesen Staaten zählen vor allem der Irak und Iran. Bei ihnen besteht nicht nur die Gefahr, dass sie den gegen die USA gerichteten Terrorismus islamistischer Gruppen unterstützen, sondern dass sie diesen möglicherweise Massenvernichtungswaffen zur Verfügung stellen. In diesem Rahmen sind die Pläne der USA zu verstehen, das Regime Saddam Husains durch eine direkte militärische Intervention zu beseitigen. Hierbei suchen die USA die Unterstützung befreundeter arabischer Staaten, vor allem Ägyptens und Saudi-Arabiens. Diese Staaten sind zu einer gegen den Irak gerichteten Zusammenarbeit aber kaum zu gewinnen, denn sie befürchten für den Fall einer militärischen Intervention der USA im Irak in der gegenwärtigen Lage, in der die öffentliche Meinung der arabischen und der islamischen Welt wegen des militärischen Vorgehens Israels gegen die Palästinenser so aufgeheizt wie kaum jemals zuvor ist, schlimmste Folgen und eine allgemeine Explosion, die für die eigenen Regime gefährlich werden könnte. Sie teilen auch nicht die Auffassung der USA, dass Saddam Husain gegenwärtig eine Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität in der Region darstellt, vielmehr könnten der Sturz Saddam Husains und ein möglicher Zerfall des Irak für die Stabilität der Region insgesamt unabsehbare Folgen haben, abgesehen davon, dass sich dann der iranische Einfluss auf den schiitischen Süden des Irak ausweiten könnte, was die sunnitischen Nachbarn wie Saudi-Arabien nicht wünschen. Auch die Türkei lehnt eine militärische Intervention im Irak wegen möglicher Auswirkungen auf die Kurdenfrage ab. Aber in dieser Frage sind sich bekanntlich nicht einmal die westlichen Staaten einig. Frankreich hofiert Saddam Husain, weil es sich für die Zeit nach Ende des UNO-Embargos große Aufträge auf dem Erdölsektor erhofft.

Das Drängen der USA auf Beseitigung der irakischen Massenvernichtungswaffen findet bei den meisten islamischen Staaten auch deshalb keine Zustimmung, weil sie dahinter eine gegen die islamische Welt gerichtete westliche Verschwörung vermuten. Mit welchem Recht, so fragt man sich in den arabischen und islamischen Staaten, billigt der Westen Israel den Besitz von Atomwaffen zu, nicht jedoch einem arabischen Staat. Auch hier spielt Israel wieder eine zentrale Rolle. Indem der Westen Israel unterstützt, gerät er mit den islamischen Staaten zwangsläufig in einen Gegensatz und setzt sich dem Vorwurf aus, eine doppelzüngige Politik zu betreiben. Selbst Ägypten, ein enger Verbündeter der USA, entschloss sich nur auf massiven Druck, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.

Unabhängig davon, wie man zu der amerikanischen Beurteilung des Regimes Saddam Husains und den Plänen für dessen Beseitigung steht, stellt das Problem mit dem Irak in der gegenwärtig äußerst kritischen Situation eine zusätzliche Belastung dar. Die aufgrund der UNO-Sanktionen sich ständig verschlechternde Lage der irakischen Bevölkerung erfordert eigentlich eine Lockerung dieser Sanktionen. Diese aber würde die Herrschaft Saddam Husains weiter stärken, woran gleichfalls kein Interesse bestehen kann. Hinzu kommt, dass die arabischen Staaten inzwischen ihren 1990 verhängten Boykott gegen Saddam Husain weitgehend eingestellt haben. Saddam Husain genießt gerade wegen der Intifada in Palästina, die er, wie schon erwähnt, tatkräftig für sich propagandistisch ausnutzt, große Sympathien in der arabischen und islamischen Welt, auf die die arabischen Herrscher Rücksicht nehmen müssen. Angesichts der Zuspitzung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern sehen sie in ihm zudem einen wichtigen Verbündeten für den Fall, dass es zu einem neuen Konflikt mit Israel kommt.

Das sich seit dem Golfkrieg inzwischen gewandelte Verhältnis zwischen dem Irak und den arabischen Staaten, die den Überfall Saddam Husains auf ein arabisches Bruderland vergessen zu haben scheinen und wieder bereit sind, mit diesem Regime zu kooperieren, erklärt sich auch daraus, dass das in den Augen des Westens völlig undemokratische System im Irak für die arabische öffentliche Meinung keinen Stein des Anstoßes bildet. Hier handelt es sich um einen weiteren tiefgreifenden Gegensatz zwischen dem Westen und der arabischen Welt. Das Drängen des Westens auf eine demokratische Öffnung in den Regimen der islamischen Welt, auf die Einführung eines Parteienpluralismus und eines parlamentarischen Systems, das in Wahlen über die Zusammensetzung der Regierung und die Wahl des Präsidenten entscheidet, ist der islamischen Tradition fremd. Zwar haben einige Länder, wie Ägypten, quasi-demokratische Strukturen mit einem Mehrparteiensystem und Parlamentswahlen eingeführt, aber gerade die letzten Parlamentswahlen in Ägypten im Jahre 2000 haben dem Ausland vor Augen geführt, auf wie schwachen Füßen die Demokratie in Ägypten steht. Ein friedlicher Machtwechsel durch eine veränderte Parlamentsmehrheit hat seit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Mubarak im Jahre 1981 nicht stattgefunden. Die ständigen Ermahnungen westlicher Regierungen, für mehr Demokratie zu sorgen, werden als äußerst lästig empfunden und sorgen zuweilen sogar für Verstimmungen oder werden als grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten und letztlich als westliche Arroganz gegenüber den einheimischen islamischen Traditionen dieser Länder verstanden. So mokierte man sich im Jemen über die USA, als diese bei den Parlamentswahlen von 1997 Beobachter entsandten, die über den fairen Verlauf der Wahlen wachen sollten. Mit Recht fragten die Jemeniten, warum die USA nicht in Saudi-Arabien auf die Einführung demokratischer Verhältnisse drängten, wo es nicht einmal Parteien gebe. Bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in den USA, so erklärten die Jemeniten, wollten sie ebenfalls Wahlbeobachter in die USA entsenden (die Wahl von Präsident Bush war bekanntlich kein Musterbeispiel für eine demokratische Wahl). Während sich einige Länder um eine Demokratisierung bemühen, lehnen andere, wie Saudi-Arabien, das westliche System völlig ab. Anlässlich der Eröffnungssitzung der 1993 gegründeten Konsultativversammlung in Saudi-Arabien (1993) erklärte deren Vorsitzender, Scheich Ibn Jubair, das islamische Shura-System sei in sich einzigartig, es gebe keine Ähnlichkeiten mit einer parlamentarischen Demokratie oder einer anderen Regierungsform im Westen.

Während islamische Staaten, wie Saudi-Arabien, das westliche politische System ablehnen, nehmen sie gleichzeitig für sich in Anspruch, in den nichtislamischen Ländern Mission (da'wa) für ihre Religion zu betreiben und Moscheen und islamische Zentren zu errichten. Denn da der Islam eine universelle Religion ist, sei es Aufgabe der Muslime, ihren Herrschaftsbereich über die ganze Welt auszubreiten. In mancher Hinsicht gilt das islamische Gesetz schon jetzt

weltweit, wie das Fatwa Khomeinis mit dem Todesurteil für Rushdie, einem britischen Staatsbürger, deutlich macht. Dass das islamische Gesetz auch bei uns Geltung hat, zeigt das Beispiel eines Mitarbeiters des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg, der für ein halbes Jahr „untertauchen“ musste, weil er auf Grund einer Stellungnahme für Rushdie eine Morddrohung erhielt und um sein Leben fürchtete. Saudi-Arabien, das sich als das Ursprungsland des Islam betrachtet, engagiert sich in besonderer Weise bei der Ausbreitung des Islam und hat schon vor Jahren ein Programm gestartet, das zum Ziel hat, in allen Hauptstädten der Welt Moscheen mit islamischen Zentren zu errichten. Mit großem Aufwand wurde ein solches Zentrum auch in Bonn errichtet. Selbst in Rom hat Saudi-Arabien eine große Moschee gebaut. Umgekehrt ist es Vertretern anderer Religionen bei Todesstrafe verboten, Mission, z.B. christliche, zu betreiben. In Saudi-Arabien gibt es keine einzige Kirche, obwohl es unter den rund sieben Mio. Gastarbeitern auch viele Christen gibt.

Das Fehlen demokratischer Strukturen wird im Westen als wesentliche Ursache für eine Reihe von Defiziten im politischen und sozialen, aber auch wirtschaftlichen Bereich und als eine der Ursachen für die Unzufriedenheit in der jüngeren Generation gesehen, die sich vom politischen Entscheidungsprozess weitgehend ausgeschlossen sieht und sich auch aus diesem Grund der islamistischen Bewegung anschließt. Da viele Jugendliche kaum Aussicht auf Arbeit haben und in ihrer Heimat keine Perspektive sehen, suchen sie ihr Heil im Westen, vor allem in Westeuropa. Dass die Zahl der Gastarbeiter aus der islamischen Welt in Europa schnell eine kritische Größe erreichen könnte, muss jedem, der das enorme Bevölkerungswachstum in den islamischen Ländern vor Augen hat, klar sein. Dass das Bevölkerungswachstum eine, wenn nicht sogar die wichtigste Ursache für die gewaltigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme und somit auch für die Ausbreitung des Islamismus verantwortlich ist, darauf ist bereits hingewiesen worden.

Es ist jedoch nicht nur die rasch steigende Zahl von Gastarbeitern aus der islamischen Welt, die Anlass zu Sorge gibt, sondern mehr noch die Tatsache, dass die Islamisten versuchen, die Gastarbeiter für ihre Ideologie zu gewinnen. Die Ausbreitung islamistischen Gedankenguts ist gleichbedeutend mit der Ablehnung der westlichen Gesellschaft, die für dekadent und moralisch verkommen erklärt wird. Die Islamisten fühlen sich dieser Gesellschaft nicht nur überlegen, sondern sie glauben, wie Bin Ladin und seine Leute, diese Gesellschaft bekämpfen zu müssen, um den Islam vor ihr zu schützen. In Ausnutzung der in Europa vorherrschenden Religionsfreiheit versuchen sie, die Anwendung islamischer Gesetze oder Vorschriften, die mit den hiesigen Rechtsverhältnissen nur schwer oder gar nicht vereinbar sind, durchzusetzen. Ein Beispiel ist der Streit um das Schächten, bei dem es sich allerdings um eine relativ harmlose Angelegenheit handelt. Mit dem Argument der Freiheit der Religionsausübung könnten aber noch weitergehende Forderungen gestellt werden. Wenn die Zahl der Muslime eine kritische Größe überschritten hat, dürfte es immer schwieriger werden, solche Forderungen abzulehnen. Dem sollte Rechnung getragen werden.

Das Entgegenkommen gegenüber den Islamisten in Europa und die bedenkenlose Gewährung politischen Asyls, wenn diese in ihrem Heimatland angeblich politisch verfolgt werden, ist nicht nur Sache der Europäer, sondern betrifft auch die Interessen der Herkunftsländer dieser Islamisten. Ägypten hat sich z.B. jahrelang darum bemüht, dass Großbritannien Islamisten, die in Ägypten wegen krimineller Handlungen, z.B. Mord, rechtskräftig verurteilt wurden, ausliefert, ohne dass den Forderungen der ägyptischen Behörden stattgegeben wurde. Die EU-Staaten sind Ägypten bei dessen Kampf gegen islamistische Terroristen jahrelang in den Rücken gefallen, indem sie diesen erlaubten, von hier aus die islamistischen Gruppen in Ägypten zu organisieren. Erst nach den Anschlägen

vom 11. September hat im Westen ein Umdenken eingesetzt, da man bei der Verfolgung der islamistischen Terroristen die Hilfe der Regierungen in den islamischen Ländern benötigt.

Angesichts solcher Perspektiven sollte es eigentlich selbstverständlich sein, dass die europäischen Staaten sich sehr genau ansehen, wen sie als Gastarbeiter akzeptieren und wen nicht. Für islamistische Demagogen, die die Gastarbeiter gegen die hiesige Gesellschaft aufhetzen, kann es keine Toleranz geben, schon deshalb nicht, weil sie eine Bedrohung für das demokratische System darstellen. Die Anschläge vom 11. September sollten auch den gutwilligsten Bürger davon überzeugt haben, dass mit den Islamisten nicht zu spaßen ist. (Muhammad Ata, offensichtlich einer der Drahtzieher der Anschläge, ist jahrelang im Deutschen Orient-Institut ein- und ausgegangen). Wohlgedenkt, hier ist nicht die Rede von den „normalen“, man könnte auch sagen harmlosen muslimischen Gastarbeitern, sondern von Islamisten. Eine wichtige Rolle spielen auch die islamischen Lehrer und Prediger, die die Gastarbeiter betreuen. Bei ihrer Auswahl sollten besonders strenge Maßstäbe angelegt werden. Mittelfristig sollte das Ziel verfolgt werden, dass nur als islamischer Lehrer in Frage kommt, wer die deutsche Sprache beherrscht, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Es gibt inzwischen genug junge Muslime in Europa, die solche Kriterien erfüllen. Die im Zusammenhang mit den Islamisten bestehenden Probleme werden nicht dadurch gelöst, dass man sie ignoriert oder schönredet, wie das bei uns leider vielfach geschieht. Vielmehr bedarf es sehr durchdachter Maßnahmen und mutiger politischer Entscheidungen, um die Einwanderung aus der islamischen Welt zu steuern. Dies aber ist in erster Linie Sache der Politiker, die vor dieser Aufgabe nicht zurückscheuen dürfen.

Europa muss sich aber auch bewusster und intensiver als bisher für die Kräfte in der arabischen und islamischen Welt einsetzen, die für eine Reform des Islam eintreten und ihn von seinem mittelalterlichen Ballast befreien wollen. Der Islam braucht eine Reformation und eine Aufklärung, wie das auch von Bassam Tibi zu Recht betont wird. Gegenwärtig sind die fundamentalistischen und orthodoxen Kräfte immer noch auf dem Vormarsch, die junge, aufgeschlossene Muslime daran hindern, ihre reformerischen Ideen umzusetzen, wie das Beispiel des Literaturwissenschaftlers Abu Zaid in Ägypten zeigt, worauf schon hingewiesen wurde. Europa kann diesen Einfluss am ehesten im Rahmen des Dialogs mit dem Islam geltend machen. Ein solcher Dialog hat aber nur Sinn, wenn es sich um einen echten Dialog handelt. Bis jetzt sieht ein Dialog leider immer nur so aus, dass sich die europäische Seite aus einem vermeintlichen Schuldbewusstsein auf den Islam zubewegen zu müssen glaubt, die islamische Seite aber von ihrem Standpunkt, im Besitz der einzig wahren Religion zu sein, keinen Deut abweicht. Die Vertreter des christlichen Konfessionen sind seit langem bereit, die islamische Seite als einen gleichwertigen Dialogpartner zu akzeptieren, aber gilt das auch umgekehrt für die islamische Seite? Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, kann es einen echten Dialog geben.